

DER LANDRAT

Referat: Assistenz und Kommunikation	DRUCKSACHE	
Az.: A		
Datum: 25.08.2022		
	lfd. Nr. 103	Jahr 2022

Vorlage

		Zutreffendes ankreuzen ☒				
an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	öffent- lich	nicht- öffentlich	Beschlussvorschlag		
				ange- nommen	abgelehnt	geändert
☐		☐	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	09.09.2022		☒			
☒ Kreistag	28.09.2022	☒	☐			
☐ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention wurden berücksichtigt:	☐ ja ☐ nein ☒ entfällt					

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):					Referat : A zur Beschlussausführung. (Handzeichen)
Gefertigt: A	Beteiligt:			Landrat In Vertretung gez. Wendt	

Betreff:

Appell der Region zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad

Beschlussvorschlag:

Es ist zu entscheiden, ob der Kreistag der Bitte der Stadt Salzgitter nachkommt und den Appell zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad unterstützt.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 103	Jahr 2022

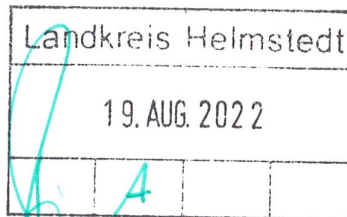
Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

5 Die Stadt Salzgitter hat den Landkreis Helmstedt wie auch andere Kommunen in der Region mit beigefügtem Schreiben vom 18.08.2022 gebeten, den ebenfalls beigefügten Appell der Region zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad zu unterstützen.

10 Der Appell beinhaltet dezidierte Forderungen an die Bundes- und Landesregierung und unterscheidet sich insofern von der bestehenden Beschlusslage im Kreistag vom 29.09.2021. Auf die Drucksache Nr. 104/2021 wird hingewiesen.

Stadt Salzgitter – Joachim-Campe-Straße 6-8 – 38226 Salzgitter

Herrn Landrat
Gerhard Radeck
Landkreis Helmstedt
Südertor 6
38350 Helmstedt



Fachbereichsleiterin
Für Strategische Planung und Kommunikation
Joachim-Campe-Straße 6-8
38226 Salzgitter
Auskunft erteilt: Simone Kessner
Durchwahl: +49 (0) 5341 839 3395
E-Mail: simone.kessner@stadt.salzgitter.de
Zimmer: 34
Etage: 1. Etage Atrium

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen
01

Datum
18.08.2022

Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad

Sehr geehrter Herr Landrat Radeck,

am 27. Juni 2022 hatte ich in die Kulturscheune in Salzgitter zu einem Austausch eingeladen, um mit dem Bündnis „Salzgitter gegen Schacht Konrad“ über den Sachstand i.S. „Schacht Konrad“ zu berichten.

Vertretungen des Bündnisses stellten die wesentlichen Kernaussagen des Antrages auf Rücknahme beziehungsweise Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses, den BUND und NABU im Mai 2021 beim Niedersächsischen Umweltministerium eingereicht haben, vor und berichteten über den aktuellen Verfahrensstand.

Die Idee, diesen Antrag mit einem Appell der Region zu unterstützen und somit – wie im Jahr 2015 – ein deutliches Signal der Geschlossenheit zu senden, fand breite Zustimmung.

Öffnungszeiten: Montag, Dienstag und Freitag 9.00-12.00 Uhr, Donnerstag 14.00-18.00 Uhr oder nach Vereinbarung

Postfach 10 06 80
38206 Salzgitter

Bankkonten der Stadt Salzgitter:

Postbank Hannover
Braunschweigische Landessparkasse
Sparkasse Goslar/Harz

IBAN: DE82 2501 0030 0006 0133 00
IBAN: DE78 2505 0000 0003 8038 06
IBAN: DE82 2595 0130 0070 0009 14

BIC: PBNKDEFF250
BIC: NOLADE2HXXX
BIC: NOLADE21HIK

Vermittlung: +49 (0) 5341 839 3395
Telefax: +49 (0) 5341 839 4000
Internet: www.salzgitter.de

Herzlichen Dank dafür und auch für die berechtigten Hinweise und Anregungen zum vorgelegten Entwurf des Appells 2022, die wir berücksichtigt haben.

Anbei übersende ich Ihnen heute die finale Fassung des Appells 2022- verbunden mit der Bitte diesen wie besprochen in Ihren kommunalen Gremien baldmöglichst beschließen zu lassen.

Im Rat der Stadt Salzgitter habe ich eine Beschlussfassung am 14.09.2022 vorgesehen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie persönlich den Appell unterstützen und mir die Ergebnisse der kommunalpolitischen Beschlussfassung mitteilen würden.

Wir wollen öffentlichkeitswirksam dieses Zeichen der regionalen Geschlossenheit noch vor der Landtagswahl am 09.10.2022 setzen und die nach wie vor eindeutige Haltung gegen die Inbetriebnahme des Atommülllagers Schacht Konrad bekannt machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Frank Klingebiel". The script is cursive and fluid, with the first letter 'F' being particularly large and stylized.

Frank Klingebiel
Oberbürgermeister

Beschlussvorlage			0942/18 öffentlich
Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad			
Beratungsfolge:			
Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Nichtöffentlich	13.09.2022	Verwaltungsausschuss	Beschlussvorbereitung
Öffentlich	14.09.2022	Rat der Stadt Salzgitter	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Salzgitter unterstützt den folgenden Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad:

„Nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik scheidet für uns Schacht Konrad als Lagerstätte für Atommüll aus! Denn der Schacht ist ein ehemaliges Gewinnungsbergwerk, liegt in einer wasserführenden Schicht und ist nicht-rückholbar konzipiert. Zu Konrad wurden keine Standortalternativen für die Entsorgung des sogenannten schwach- und mittelfradioaktiven Abfalls geprüft. Schacht Konrad wäre nach den heutigen Anforderungen an die sichere Lagerung von radioaktiven Abfällen für eine Million Jahre nicht mehr genehmigungsfähig.

Im Mai 2021 haben die Umweltverbände BUND und NABU gemeinsam mit dem Bündnis „Salzgitter gegen Schacht KONRAD“ einen Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses eingereicht. Vorausgeschaltet war das Genvotum der Stadt Salzgitter zur Endlagerung im Schacht Konrad. Trotzdem wird das alte Eisenerzbergwerk weiter zu einem Atommülllager ausgebaut und bis 2027 sollen weitere Milliarden Euro dafür ausgegeben werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Region von der Landesregierung:

- Die Region in ihrer Ablehnung eines Atommüllendlagers in der Schachanlage Konrad in Salzgitter zu unterstützen.
- Den Antrag von BUND, NABU transparent, zügig und schneller als angekündigt zu bearbeiten und zu entscheiden.
- Bei der Atomaufsichtsbehörde des Bundes die Forderung nach einem sofortigen Baustopp zu unterstützen, um im laufenden Antragsverfahren keine weiteren Tatsachen zu schaffen.
- Gegenüber der Bundesregierung Missfallen darüber auszudrücken, dass die zuständige Umweltministerin Lemke nicht zu Gesprächen mit dem Bündnis in Salzgitter bereit ist.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Region von der Bundesregierung:

- Alle schwach- und mittelradioaktiven bzw. nicht oder nur schwach wärmeentwickelnde Abfälle in das Standortauswahlverfahren für hochradioaktiven Atommüll einzubeziehen oder umgehend ein getrenntes, aber inhaltlich ähnliches Standortauswahlverfahren für schwach- und mittelradioaktive bzw. nicht oder nur schwach wärmeentwickelnde Abfälle zu beginnen.
- Die Arbeiten in Schacht Konrad zu stoppen und die für den weiteren Ausbau vorgesehenen finanziellen Mittel für eine transparente und partizipative Standortsuche auch für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle zu verwenden.
- Die Berücksichtigung einer Option der Rückholbarkeit sämtlichen zu lagernden Atommülls.
- Umgehend die Bundesumweltministerin nach Salzgitter zu entsenden, um sich mit den Positionen des Bündnisses „Salzgitter gegen Konrad“ und der Stadt Salzgitter auseinanderzusetzen und für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen.

Aus der Befürchtung heraus, bei einer Neubewertung Schacht Konrad als Endlager aufgeben zu müssen und aufgrund jahrzehntelanger Versäumnisse in der Atom-
müllentsorgungspolitik mit leeren Händen dazustehen, wird an dem Atommüllprojekt festgehalten. Das können wir nicht hinnehmen. Wir sehen uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter der Region in der Verantwortung vor den nachfolgenden Generationen, die nach heutigem Wissen bestmögliche Lösung für die Lagerung der strahlenden Abfälle über eine Million Jahre zu suchen, statt an einem völlig veralteten Projekt festzuhalten, nur weil es vor 20 Jahren genehmigt wurde.

Vor diesen Hintergründen bleiben wir auch bei unserer generellen Ablehnung der Endlagerung von Atommüll in der Schachanlage Konrad und bekennen uns zu einem regional abgestimmten Vorgehen.

Wir werden unsere Einwohnerinnen und Einwohner aktuell über den Stand des Verfahrens unterrichten. Von den in der Region gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten wird nachdrücklich erwartet, die vorab genannten Forderungen aktiv zu unterstützen, damit wir gemeinsam Schaden von unserer Region abwenden. Zudem werden die Haupt-verwaltungsbeamten aufgefordert, in ihren Gremien der kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund ebenfalls für diese Forderungen einzutreten.“

gez. Frank Klingebiel